

Auf der 24. Internationalen Wehrkundetagung in München

CSU-Chef fordert Junktim zwischen „Null-Lösung“ und Gleichgewicht bei Kurzstreckenwaffen / Raketen geringer Reichweite erst der zweite Schritt, sagt der Minister / Perle: Verzicht auf Atomwaffen „absurd“

Differenzen zwischen Strauß und Wörner über die Abrüstungsverhandlungen

Von unserem Redaktionsmitglied Josef Joffe

München, 1. Februar - Auf der 24. Internationalen Wehrkundetagung hat sich der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß erneut für ein Junktim zwischen einer „Null-Lösung“ bei den Mittelstreckenwaffen und der Abrüstung im Kurzstreckenbereich ausgesprochen, wo die Sowjetunion eine „erdrückende Überlegenheit“ von zehn zu eins besitze. Demgegenüber betonte Verteidigungsminister Wörner die Ansicht der Bundesregierung, wonach die Verringerung der Kurzstreckenpotentiale einem „zweiten Verhandlungsschritt“ vorbehalten bleibe. Der Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Richard Perle, warf den europäischen Verbündeten schwere Versäumnisse in der öffentlichen Darstellung westlicher Verteidigungspolitik vor; dadurch sei es in „alarmierendem Ausmaß“ zu Verwirrung und zu Illusionen über die Ziele der Allianz gekommen.

Obwohl Bonn zum Angebot der Null-Lösung für weiterreichende Atomwaffen wie *Pershing 2* und *SS-20* stehe, sagte Wörner, enthalte diese „unbestreitbare sicherheitspolitische Nachteile für Westeuropa“. Auch hier akzentuierte Strauß seine weitergehenden Bedenken. Abrüstung dürfe nicht zu einem „Gefälligkeitswettrennen“ und zu einer „Appeasement-Psychose“ führen. Die Null-Lösung bedeute die „Auflösung der strategischen Verbindung“ zwischen Amerika und Europa; deshalb sei sie auf absehbare Zeit keine „wünschenswerte Endstation“. Statt dessen solle der Westen eine Zwischenstation mit etwa 100 Raketen auf jeder Seite ins Auge fassen.

Wörner warnte seinerseits davor, „Europa von Kernwaffen aller Art zu entblößen und so einen denuklearisierten Konfliktschauplatz zu schaffen, auf dem der an konventionellen Angriffskräften überlegene Warschauer Pakt dominierte“. Immerhin sei das östliche Potential an Kampfpanzern in Mitteleuropa und Westrußland in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts von 19 000 auf 25 600 angestiegen, während die westlichen Bestände in dieser Zone nur von 6600 auf 8050 angehoben worden seien. Die Entwicklung bei der Feldartillerie sei noch ungünstiger für die NATO verlaufen; hier lag das Verhältnis 1985 bei 4400 zu 18 400.

Noch schärfer ging Richard Perle, im Pentagon für die „Internationale Sicherheitspolitik“ zuständig, mit der Vorstellung ins Gericht, daß der Westen auf Nuklearwaffen verzichten könne. Deren „Ersatz durch ein konventionelles Abschreckungspotential“ sei „absurd“, weil selbst eine „überlegene konventionelle Streitmacht“ nicht die Sowjetunion mit ihrem „riesigen atomaren Arsenal“ abschrecken könne. Überdies sei das Bündnis nach wie vor nicht dazu bereit, in ein besseres konventionelles Kräfteverhältnis zu in-

vestieren - „trotz der Abscheu vor Atomwaffen, die routinemäßig von denen zur Schau getragen wird, die am wenigsten geneigt sind, für konventionelle Waffen zu bezahlen“.

Gorbatschows Vorschlag, alle Atomwaffen bis zum Jahre 2000 abzuschaffen, bezeichnete Perle als „gefährlichen Unsinn“, den der Generalsekretär bewußt lanciert habe, um so die „Legitimität der (atomaren) Waffen zu unterminieren, die unabdinglich für die Sicherheit des Westens sind“ und deren Zahl die Sowjetunion ihrerseits seit 20 Jahren laufend erhöhe. Den Europäern hielt Perle vor, zu den sowjetischen Verletzungen der SALT-Abkommen geschwiegen zu haben. Allenfalls „Bedenken“ seien geäußert worden, aber das Wort „Verletzung“ sei niemandem über die Lippen gekommen. Demgegenüber seien „unsere Bürger viel realistischer, als viele Politiker und die meisten Außenministerien glauben“.

Der SPD-Abrüstungsexperte Egon Bahr unterbreitete einen neuen Vorschlag für die konventionelle Abrüstung in Mitteleuropa. Beiderseits der innerdeutschen Grenze gelte es, einen 300 Kilometer breiten „Korridor“ zu schaffen, aus dem neben Atom- und C-Waffen alles schwere Gerät einschließlich Panzer und Hubschrauber abgezogen werden sollten; übrigblieben lediglich leicht bewaffnete Verbände. Dieser Vorschlag wurde zumal von den französischen Teilnehmern lebhaft kritisiert, weil er - so der Sicherheitsexperte Pierre Hassner - zur „Entkoppelung“ der europäischen Sicherheit vom amerikanischen Machtpotential führen müsse. Bahr forderte außerdem, die europäischen Staaten an den Verhandlungen über Nuklearwaffen kürzester Reichweite (unter 150 Kilometern) zu beteiligen. Es gelte, eine „gleichberechtigte“ Teilnahme, „vielleicht sogar eine führende Rolle der Europäer“ zu erwirken.

Fast einstimmige Kritik erhob sich auf europäischer Seite, als mehrere amerikanische Senatoren den Gedanken einer beträchtlichen Verminderung der amerikanischen Präsenz in Westeuropa in die Debatte warfen. In Amerika, warnte Senator John McCain (Bundesstaat Washington),

Quelle

Datum

L 531 I 20 2

nehme die Frustration über das Handelsdefizit zu; wegen des Dollarverfalls sei der Lebensstandard der GIs in der Bundesrepublik um 45 Prozent zurückgegangen. Überdies wollte Senator Pete Wilson (Kalifornien) wissen, wie man den Protektionismus zu Hause bekämpfen solle, wenn es in Europa „staatlich subventionierte Bemühungen“ gebe, etwa beim *Airbus*, Aufträge für amerikanische Flugzeugproduzenten zu verhindern. Daraufhin zeigte sich Wolfgang Altenburg, der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr und heutige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, „erschrocken“ über die „Koppelung wirtschaftlicher Probleme mit der Dislozierung von Truppen“. Wer sollte die „Personallücke“ schließen, wollte der General wissen.

Verteidigungsminister Wörner warnte vor dem „historischen Fehler, die Truppenpräsenz zu mindern oder gar zu beseitigen“, weil sie eine Garantie dafür sei, „daß Amerika nicht in einen Krieg hineingezogen wird“. Auch der amerikanische Botschafter in Bonn, Richard Burt, bezog Stellung gegen die amerikanischen Parlamentarier. Es gelte, „Vorschläge zu vermeiden, die eine beträchtliche Verringerung der amerikanischen Präsenz beinhalten“. Ihre Rolle sei gerade im Zusammenhang mit Reykjavik gewachsen, wo von einer weitgehend entnuklearisierten Welt die Rede war. Es dürfe nichts geschehen, was die Vorverteidigung unterminieren würde.

Die 24. Internationale Wehrkundetagung vereinte 173 Politiker, Militärs, Diplomaten und Publizisten aus den NATO-Ländern. Die zwei Tage dauernde Konferenz im „Bayerischen Hof“ war von schärfsten Sicherheitsmaßnahmen begleitet.